

Die Lage Berlins als soziologisch-politisches Problem

Stammer, Otto

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Stammer, O. (1959). Die Lage Berlins als soziologisch-politisches Problem. In A. Busch (Hrsg.), *Soziologie und moderne Gesellschaft: Verhandlungen des 14. Deutschen Soziologentages vom 20. bis 24. Mai 1959 in Berlin* (S. 69-89). Stuttgart: Ferdinand Enke. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-188181>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

OTTO STAMMER

Die Lage Berlins als soziologisch-politisches Problem

I. Vorbemerkungen

Das Rahmenthema des 14. Deutschen Soziologentages „Die Rolle der Soziologie in der modernen Gesellschaft“ rechtfertigt, wie ich bereits gestern in meinen Begrüßungsworten andeutete, in mancherlei Hinsicht eine Stellungnahme zur Situation des Landes Berlin. Jeder Teilnehmer unseres Kongresses fühlt sich in diesen Tagen der Verwirrung und den Gefahren ausgesetzt, die von der gegenwärtigen politisch-gesellschaftlichen Lage Berlins ausgehen.

Dieses von beiden Teilen Deutschlands abgeschnittene Land ist in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht ohne Zweifel eines der interessantesten wissenschaftlichen Studienobjekte, das der Soziologe derzeit in Deutschland findet. Die Berliner Soziologen beklagen, daß sie die sich der Sozialforschung hier anbietende Problematik bisher nur in Teilausschnitten haben untersuchen können. So haben wir z. B. die Flüchtlingssituation, die Veränderungen in der Berufsstruktur, die Vorgänge bei politischen Wahlen, das Parteiengefüge oder Fragen der politischen Ideologie und der Mentalität der Bevölkerung analysiert. Wir haben dabei versucht, das Ganze im Blick zu behalten.

Ohne mich auf politische Spekulation einzulassen, zu der diese in vielem offene Problematik so leicht verführt, will ich versuchen, die für den politischen Soziologen wesentlichen Fragen gleichsam als Ausschnitte einer noch nicht geschriebenen politischen „Gemeindestudie“ darzustellen. Obwohl sie seit der Blockade und seit der gewaltsamen Abtrennung des Ostsektors vom Hauptteil der Stadt im Jahre 1948 ständig auf der Tagesordnung der internationalen Politik stehen, sind der staatsrechtlich-politische Status und die wirtschaftlich-soziale Lebensform dieses Landes seit der Chruschtschow-Note vom 27. November 1958 im Rahmen der damit wiederum aufgeworfenen Fragen der deutschen Wiedervereinigung erneut zum Gegenstand der Auseinandersetzung der großen Mächte und der beiden Teile Deutschlands geworden.

Die Sowjetregierung hatte in ihrer Note, wie wir uns erinnern, den Viermächte-Status Berlins als einen „gefährlichen Anachronismus“, die Existenz des heutigen Westberlin als einen „Staat im Staate der DDR“

bezeichnet. Sie hatte von der „Vereinigung Westberlins mit der DDR“ als der „richtigen und natürlichen Lösung“ gesprochen, jedoch zugleich für eine Neutralisierung dieses Gemeinwesens in der völkerrechtlichen Form einer „entmilitarisierten Freien Stadt“ zunächst gleichsam als Vorstadium dieser sogenannten „normalen“ Regelung plädiert.

Das Unerträgliche der in dieser Note zum Ausdruck gebrachten politischen Drohung ist von allen verantwortlichen Gremien der westlichen Welt gebührend herausgestellt und mit der Feststellung beantwortet worden, daß die natürliche und die geschichtliche Rolle Berlins darin bestehe, Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands zu sein. Jedoch ist die Note geeignet, politisch und soziologisch naive Gemüter irrezuführen, indem sie der Westberliner Bevölkerung mit der Zusage wirtschaftlicher Unterstützungen die freie Wahl der ihr angemessen erscheinenden sozialen Lebensform anheimzustellen verspricht.

Man wird das Problem des Status von Berlin nicht isoliert sehen dürfen; erstens aus außenpolitischen und gesamtdeutschen Gründen. Im Problem Berlin schürzen sich die weiterreichenden Fragen des Verhältnisses zwischen Ost und West und das Schicksal der deutschen Wiedervereinigung zum Knoten. Zweitens aber darum, weil gerade Berlins Nachkriegsgeschichte beweist, daß es möglich ist, ein Gemeinwesen mit vornehmlich politischen Mitteln am Leben zu halten und sogar sein Wachstum zu fördern; wohingegen es zum Untergang bestimmt wäre, wenn es isoliert würde und sich selbst überlassen bliebe. Dies ist der Grundgedanke aller folgenden Ausführungen.

Es steht hier nicht zur Debatte, wie man unter politischen und diplomatischen Aspekten die Drohung der sowjetischen Note zu beurteilen hat. Höchst interessant ist jedoch für die Sozialwissenschaft, daß auch in dieser sowjetrussischen Verlautbarung, wenn auch mit völlig unzulänglichen Definitionen, auf das für die politische Existenz eines Gemeinwesens wie Berlin entscheidende Problem der wirtschaftlich-sozialen Lebensform, der sie bestimmenden Prinzipien, der ihr angemessenen Verhaltensweisen und der Möglichkeiten ihrer Veränderung eingegangen wird. Versuchen wir daher in der gebotenen Kürze, ausgehend von der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Realität des zweigeteilten Berlin, der Frage des unterschiedlichen sozialen Strukturwandels der beiden Teile der Stadt nachzugehen, also gleichsam Chruschtschows Anerbieten auf die Probe zu stellen.

II. *Die staatsrechtlich-politische Problematik der Spaltung Berlins*

Die Existenz des Landes Berlin ist als ein staatsrechtlich-politisches Provisorium anzusehen – und zwar in stärkerem Maße als die Ostberlins, das gesellschaftspolitisch nahezu völlig in die sowjetische Besatzungszone eingliedert ist. Formal-besatzungsrechtlich durch die Klammer des Vier-

mächte-Status zusammengehalten, ergibt sich für Gesamtberlin aus der Konfrontierung der gesellschaftspolitisch seit 10 Jahren auseinanderstrebenden beiden Teile eine weitverzweigte verfassungsrechtlich-politische Problematik, die der Soziologe nicht unbeachtet lassen darf, wenn er sich der Frage des wirtschaftlich-sozialen Strukturwandels zuwendet. Der für die unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklung beider Teile Berlins entscheidende Tatbestand ist die staatsrechtliche, verwaltungsmäßige und politische Spaltung des Landes durch die Blockade und den Gewaltakt der weder von den westlichen Besatzungsmächten noch vom Volke legitimierten Konstituierung des Ostmagistrats am 30. November 1948. Damit war die während der ersten Besatzungsjahre vertretene Fiktion zunächst zerstoßen, man könne trotz harter gesellschaftspolitischer Gegensätze zwischen West und Ost die Einheit Berlins aufrechterhalten.

Der Preis, den Berlin für die Beendigung der Blockade zu zahlen hatte, war, wie Otto Suhr in einer seiner Reden feststellte, daß die von ihrem östlichen Teil abgetrennte Stadt wirtschaftlich außerordentlich geschwächt und politisch-gesellschaftlich zur Insel wurde und daß sie damit gerade der Funktionen verlustig ging, die ihren Wiederaufstieg in einem geeinten Deutschland hätten sichern können.

Der tatsächliche Anschluß Westberlins an die Bundesrepublik wurde das Gebot der Stunde. Sowohl im Grundgesetz als auch in der Verfassung des Landes Berlin ist zwar die staatsrechtliche Gliedstellung Berlins im Verbands der Bundesrepublik festgelegt; die staatsrechtliche Anerkennung als Land der Bundesrepublik wird jedoch von dem bekannten Vorbehalt der westlichen Besatzungsmächte überlagert. Mit dem „Gesetz über die Stellung Berlins im Finanzsystem des Bundes vom 12. Juni 1952“, dem sogenannten „Dritten Überleitungsgesetz“, ist es möglich geworden, allen mit Berlinklausel versehenen Gesetzen der Bundesrepublik auf dem Wege der Mantelgesetzgebung materielle Gültigkeit in Berlin zu verschaffen und damit den Wiederaufstieg der Stadt mit Hilfe des Bundes sicherzustellen.

Die etwa gleichzeitig erfolgende Eingliederung Ostberlins formal als Hauptstadt und de facto als Bezirk in die sogenannte „DDR“ war eine zwangsläufige Folge der im Jahre 1952 verkündeten „Verwaltungsreform“, der Verordnung über die sogenannte „Demokratisierung von Großberlin“ und der Einbeziehung der Ostberliner wirtschaftlichen und sozialen Institutionen in das Planwirtschaftssystem der Zone. In den vergangenen 10 Jahren sind etwa gleichzeitig mit der zunehmenden staatsrechtlich-politischen Trennung und der wirtschaftlich-sozialen Festigung der beiden Gebiete die Systeme des in Westberlin und im Sektor geltenden materiellen Rechtes weit auseinandergerückt.

Die Berlinpolitik der Besatzungsmächte war bisher darauf bedacht, den mit dem bekannten Pariser Abkommen der Außenminister vom Jahre

1949 festgelegten besatzungsrechtlichen Status quo aufrechtzuerhalten, obwohl die außenpolitischen Absichten der sowjetischen Macht schon immer unverkennbar auf eine Schwächung und Gefährdung der Westberliner Position gerichtet waren, die sie als einen Pfahl im Fleische der in der Entwicklung befindlichen sowjetzonalen Gesellschaftsordnung und, wie die Chruschtschow-Note zeigt, als Druckmittel einer sowjetisch beeinflussten Deutschlandpolitik ansieht. Die Bundesrepublik dagegen und die mit ihr verbündeten Westmächte unterstützten in der relativen Sicherheit, die eben dieser Status quo bot, Westberlin in seinem Streben nach politischer Selbsterhaltung als freies Gemeinwesen und in seinen harten Bemühungen, die ökonomisch-soziale Position dieses Gemeinwesens so zu stärken, daß die Stadt ihre künftige Funktion als Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschland umgehend zu erfüllen in der Lage ist.

Es erweist sich, daß die Problematik der staatsrechtlich-völkerrechtlichen Stellung des geteilten Berlin kaum zu trennen ist von dem politisch-soziologischen Fragenkomplex, der sich aus der schroffen Gegenüberstellung der in beiden Teilen dieser Stadt herrschenden, von den beiden deutschen Staatsgebilden und den Weltmächten unterstützten konkurrierenden politisch-gesellschaftlichen Systeme ergibt. Wer mit der derzeitigen weltpolitischen Konstellation vertraut ist, weiß, daß sich hier auf einem engen (kaum 890 qkm mit 3,3 Millionen Einwohnern umfassenden) Raum nicht nur zwei entgegengesetzte Staats- und Verwaltungs-Systeme gegenüberstehen, sondern auch zwei verschiedene gesellschaftspolitische Auffassungen, Wirtschaftssysteme und soziale Lebensstile. Die Widersinnigkeit der Teilung Deutschlands und der Eingliederung dieser Teile in entgegengesetzte politisch-gesellschaftliche Machtsysteme wird nirgends so deutlich sichtbar wie gerade in Berlin in diesen Tagen der Auseinandersetzung um seinen künftigen Status. Jede Abweichung der bisherigen Berlin-Politik der Weltmächte in der Richtung auf Status quo oder auf Revision der Deutschland-Vereinbarungen muß sich im wirtschaftlich-sozialen Wiederaufbau Berlins und im Verhältnis der beiden Teile der Stadt zueinander niederschlagen. Berlin erweist sich in politisch-sozialer Hinsicht als ein hochempfindlicher Seismograph für politische Erschütterungen und gesellschaftlich-ideologische Gesteinsverlagerungen an der europäischen Grenzlinie zwischen den rivalisierenden Machtsystemen.

„Schaufenster, Werkstatt der westlichen Welt“, „Stadt der Zukunft“ nennt man Berlin auf westlicher Seite, „Stadt des kalten Krieges“, „Krebsgeschwür am Körper der DDR“ heißt das westliche Berlin bei den östlichen Propagandisten; „Visitenkarte, Schrittmacher der DDR“ heißt dort der Sektor neuerdings in seiner angenommenen Funktion als Hauptstadt. Alle solche Schlagworte bringen nur unvollständig zum Ausdruck, was sich für

den wißbegierigen Sozialwissenschaftler aus einem Vergleich der politisch-gesellschaftlichen Realität der beiden Stadtteile ergibt.

Westberlin ist in der derzeitigen deutschlandpolitischen Kontroverse der angegriffene Teil und verdient schon deshalb unsere Sympathie und unsere Unterstützung. Die Berliner und ihre politische Führung sind sich der zwiespältigen Lage ihrer Stadt am Kreuzungspunkt der nationalpolitischen und weltpolitischen Fronten bewußt. Seit Jahren sind sie bemüht, die Grenzen zwischen beiden Teilen der Stadt nicht einfrieren zu lassen und für die Wiedervereinigung als die einzige Möglichkeit, der Stadt ihre raumpolitisch-gesellschaftliche Funktion zurückzugeben, einzustehen. „Der Einheitsgedanke ist für uns ins Berlin“, so sagte Ernst Reuter schon 1947, „eine Frage auf Leben und Tod, ohne die wir auf die Dauer keine Existenzberechtigung haben.“ Man müßte den Anschluß an den Westen finden, so meinte er, mit dem Willen, den Anschluß nach dem Osten niemals aufzugeben. Reuter ist nicht müde geworden, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Verprovinzialisierung des politischen und des gesellschaftlichen Lebens der Stadt unausweichlich sei, wenn nicht am Ende das Gemeinwesen seine im Schatten der Politik des Status quo zwangsläufig zurückgestellte Hauptstadtfunktion zurückgewönne.

Die besonderen Schwierigkeiten der Lage und der Entwicklungsaussichten Berlins liegen seit der Spaltung der Stadt im Jahre 1948 darin, daß die alte Hauptstadtfunktion des Gemeinwesens zunächst abgebaut worden ist; abgebaut als Folge der neuen Situation, de facto von westlicher und von östlicher Seite mit allen politischen, soziologischen und kulturellen Konsequenzen, für die auf beiden Seiten seither entstandenen Provisorien. Man sollte bei der Beurteilung der heutigen Lage der Stadt nicht vergessen, daß das Berlin der zwanziger und der dreißiger Jahre, wie meine Berliner Kollegen Bülow und Thalheim im einzelnen nachgewiesen haben, etwa die Hälfte seines Volkseinkommens aus der Hauptstadtfunktion infolge der damit verbundenen Verwaltungsaufgaben und Dienstleistungen bezogen hat und daß der von konservativer Seite so viel geschmähte „Wasserkopf Berlin“, aus dieser Lage Nutzen ziehend, als Industriestadt, als Handels-, Verkehrs- und Kulturzentrum eine führende Stellung in ganz Deutschland besaß. Man sollte dabei nicht vergessen, daß etwa zwei Drittel der Berliner Ausfuhr an Industrieprodukten auch damals nach den westlichen Gebieten Deutschlands gingen. Außerdem war das alte Berlin nicht nur eng mit der umgebenden märkischen Landschaft verbunden, sondern verfügte gerade als Hauptstadt über die besten Beziehungen zu den alten deutschen Ostgebieten, die es gesellschaftlich und kulturell mit dem Westen des Reiches zu verbinden nicht müde wurde.

Die Chancen für den Aufbau und den Wiederaufstieg Berlins wurden, selbst unter den hemmenden Voraussetzungen einer vorläufigen Aufrecht-

erhaltung des außenpolitischen Status quo, von beiden Seiten darin gesehen, daß die Hauptstadtfunktion gleichsam aufgespart und ihre Wiedergewinnung in der gesellschaftspolitischen Planung mit unterschiedlichen Methoden und verschiedenen Zielen angestrebt wird. Auch die östliche deutsche Macht dürfte sich darüber im klaren sein, daß dieses Berlin auf die Dauer unweigerlich zur Provinzstadt einschrumpfen müßte, wenn es für absehbare Zeit als Residenz sowjetischer Machthaber für das Rumpfdeutschland der Zone herabgedrückt würde. Der gesamte bisher so erfolgreiche wirtschaftliche und soziale Wiederaufbau Westberlins ist überhaupt nur als sinnvoll zu verstehen, wenn am Ende einer hoffentlich recht kurzen Reihe von Jahren die Hauptstadtfunktion des Gemeinwesens wiederhergestellt ist.

III. *Das sozialökologische Bild – Der Wandel der Sozialstruktur*

1. Setzt man nun die politischen Implikationen der derzeitigen Lage Berlins voraus und nimmt man sich vor, seine Sozialstruktur und ihren Wandel zu untersuchen, so ist es gerade im Falle Berlins unerlässlich, das Augenmerk zunächst einmal auf die sozialökologischen Voraussetzungen für die Entwicklung dieses Gemeinwesens zu richten. Gerade über diesen Fragenkomplex, vor allem über die damit zusammenhängenden Probleme der Landes- und der Stadtplanung, liegt eine beachtliche Literatur vor.

Das heute zweigeteilte, in seinen Westsektoren völlig von seinem Hinterland, von den früheren Verkehrs-, Absatz- und Austauschwegen abgeschnürte Berlin stellt sozialökologisch ein Grenzgebiet zwischen den westlichen und östlichen Teilen Deutschlands dar. Der groteske Widersinn der geographisch-gesellschaftlichen Isolierung Westberlins kommt am besten zum Ausdruck, wenn man sich vergegenwärtigt, daß hier ein ehemals einheitliches Stadt- und Landschaftsgebiet mit einer Standorts- und Siedlungsentwicklung im Vorfeld der alten Metropole auseinandergerissen wurde, die über eine durchschnittliche Entfernung von 50 km im Umkreis vom Stadtzentrum reicht. Man muß die Geschichte der Berliner Landesplanung studieren, um herauszufinden, wie stark die gewerblich-industriellen und die verwaltungsmäßigen Funktionen der Stadt besonders in den zwanziger und den dreißiger Jahren die räumliche und verkehrsmäßige Entwicklung dieses Gemeinwesens bestimmt haben (*Karl C. Thalheim*), wie eng daher auch in der Situation nach dem Zusammenbruch 1945 dieses weite und schöne Berliner Land mit seiner märkischen Umgebung in sozialökonomischer Hinsicht zusammenhing.

Die besonderen Schwierigkeiten für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Fortsetzung der seit den zwanziger Jahren systematisch durchdachten, großzügigen Stadt- und Landesplanung nach 1945 kann nur ermessen, wer sich vergegenwärtigt, wie einerseits die kriegswirtschaftlichen

Maßnahmen und die politisch bedingten Wanderungstrends und Evakuierungen der nationalsozialistischen Zeit, die gewaltigen Kriegsschäden der Stadt, die harten Demontagen, und andererseits die späteren „Spaltungsschäden“, die Einschrumpfung des gewerblichen Potentials und der ehemaligen Verwaltungsorganisationen, das Zuströmen von Heimatvertriebenen und von Zonenflüchtlingen, die Abwanderung und die Zuwanderung „angestammter“ Berliner das sozialökologische Bild des Gemeinwesens zerrissen haben. Nachdem die Bevölkerung Berlins von 4,3 Millionen vor dem Kriege im Jahre 1945 auf etwa 2,8 Millionen Menschen abgesunken war, hatte die Stadt einen erheblichen Neuzugang von 537 000 Menschen in der Zeit von 1945–1950. Der Anteil der Heimatvertriebenen und der Zonenflüchtlinge an der Bevölkerung Westberlins ist auch in den folgenden Jahren so angestiegen, daß heute nicht weniger als 7,2 % dieser Bevölkerung aus ehemaligen Bewohnern der Ostgebiete und 6,1 % aus ehemaligen Bewohnern der Sowjetzone bestehen. Im Zuge des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Westberlins ist die großzügige Stadtplanung jedenfalls wieder aufgenommen worden. Da diese Planung jedoch nur sinnvoll ist, wenn sie sich auf die Gestaltung des Gesamttraumes des Gemeinwesens richtet und zugleich die inzwischen eingetretenen wirtschaftlich-sozialen Strukturveränderungen berücksichtigt, wird sie nach dem Zeugnis der Sachverständigen, wie Ludwig Lemmer es ausdrückt, „so durchgeführt, als ob die Einheit der Stadt und die Beziehungen zum Hinterland wieder hergestellt wären“.

2. Die einschneidenden Veränderungen der politischen und der sozialökologischen Voraussetzungen für die Weiterexistenz des gespaltenen Berlin haben den Wandel der Sozialstruktur in beiden Teilen der Stadt empfindlich beeinflußt. Das gilt sowohl für die Entwicklung von der Vorkriegszeit bis zur Aufhebung der Blockade als auch für die Zeit von den ersten Jahren des Westberliner Wiederaufbaus (1950/51) bis zur Gegenwart. Die Veränderung der Sozialstruktur Berlins in diesen beiden Perioden bezieht sich auf die bekannten Erscheinungen der horizontalen und der vertikalen Mobilität ebenso wie auf Verschiebungen in der Einkommenspyramide, im Berufsgefüge und in bezug auf den Bildungsstand. Sie berührt damit in beiden Teilen der Stadt, allerdings in unterschiedlicher Weise, das Klassengefüge und die Hierarchie der sozialen Führungsschichten. Allen diesen Verästelungen im sozialen Wandlungsprozeß Berlins nachzuspüren, muß einer breit angelegten Gemeindestudie überlassen bleiben.

Ich möchte mich in diesem Zusammenhang darauf beschränken, auf diejenigen Grundzüge dieser interessanten Wandlung hinzuweisen, die sich aus den sozialstrukturellen Begleiterscheinungen der teilweise drastischen Veränderungen der Standorte, der Produktions- und Absatzentwicklung der Berliner Industrie und ihren Auswirkungen auf das Berufsgefüge er-

geben. Nur am Rande sei dabei vermerkt, daß sich in den verschiedenen Sektoren des gesellschaftlich-kulturellen Zusammenlebens dieser Stadt in den vergangenen 10 Jahren vermutlich ein sehr unterschiedliches Entwicklungsgefälle ergeben hat, d. h., daß etwa die Ausgangspositionen für die Veränderungen in den einzelnen Sozialregionen verschieden sind und daß die Anpassung an die in den Wiederaufbauplänen der Stadt in Aussicht genommenen Entwicklungsstufen in diesen Bereichen zu verschiedenen Ergebnissen geführt hat.

Wer mit dem allgemeinen Trend der sozialen Integration in der SBZ vertraut ist, wird nicht überrascht davon sein, daß der teils auf staatliche Hilfe und Intervention, teils auf Privatinitiative zurückzuführende ökonomisch-soziale Strukturwandel im westlichen Teile Berlins andere Züge aufweist als die ausschließlich von der zentralen Wirtschafts- und Gesellschaftsplanung gesteuerten Strukturveränderungen im Ostsektor. Außer dem politischen ergibt sich damit auch ein von Jahr zu Jahr größer werdendes soziales Gefälle zwischen den beiden Teilen der Stadt. Sie werden Verständnis dafür haben, daß ich bei meinen linearen Hinweisen auf diese Trends an dieser Stelle auf die Wiedergabe des breiten, von den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften beigebrachten Zahlenmaterials verzichte und mich nur mit Hinweisen auf die notwendigsten statistischen Angaben begnüge.

Wie weithin bekannt, war Berlin vor dem Kriege das größte deutsche Verwaltungszentrum und zugleich die größte deutsche Industriestadt. Im Jahre 1939 waren nicht weniger als etwa 46 % der Erwerbspersonen in Dienstleistungsfunktionen beschäftigt (insgesamt etwa 877 000 Menschen), deren Einkommen und deren Lebenshaltung über dem Reichsdurchschnitt lagen. Die Stadt war, wie insbesondere von Thalheim und Storbeck hervorgehoben worden ist, Sitz der Regierungs- und Verwaltungsbehörden, der großen Verbandszentralen, der wichtigsten kulturellen Institutionen und Organisationen, des Verlagsbuchhandels, der Presse und des Zeitschriftenwesens, der wichtigsten Banken, des Groß- und vieler Zweige des Kleinhandels und schließlich der Filmindustrie. Infolgedessen war die Sozialstruktur gekennzeichnet durch ein breites Segment von Angestellten und Beamten in unterschiedlichen beruflichen Funktionen und von Vertretern freier, sich am Dienstleistungsbetrieb orientierender Berufe. Der Anteil der gewerblich-industriellen Produktion an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen war indessen mit etwa 49 % (900 000 Personen) keineswegs geringer als der jener sozialen Gruppen. In den Sparten der weltbekannten elektrotechnischen Industrie, des Maschinenbaus, der Konfektion und des Druckgewerbes war eine besonders qualifizierte und höher als im Reich bezahlte Arbeitnehmerschaft beschäftigt. Bei stärkstem Anteil der Arbeiter- und Angestelltengruppen waren in der sozialen Hierarchie außer

den unteren auch die mittleren Stufen gut besetzt; der Bildungsstand der berufstätigen Bevölkerung war besser als in anderen Großstädten.

Die bereits erwähnten strukturverändernden Faktoren (Kriegsschäden, Demontagen, Blockade, die „doppelte Währungsreform“, der sich Berlin unterziehen mußte, die Spaltung der Stadt, Isolierung vom Hinterland usw.) hatten die wirtschaftliche und die soziale Situation vor allem im westlichen Teil der Stadt nach Beendigung der Blockade radikal gewandelt. Infolge der politischen Ereignisse war es zu einer starken Einschränkung der Wirtschaftstätigkeit gekommen (im Jahre 1950 betrug der Produktionsindex in Westberlin erst 22 gegenüber damals bereits 110 in der Bundesrepublik). Die gewerblich-industrielle Grundstruktur der Stadt war zwar der der Vorkriegszeit noch ähnlich, nur waren alle Industriezweige empfindlich zusammengeschrumpft und infolge der Trennung der Stadt in wichtigen Zweigen auseinandergerissen (1950 hatte die Westberliner Industrie nur etwa 40 % der Beschäftigtenzahl von 1936). Die alten Dienstleistungsfunktionen waren weitgehend weggefallen, so daß zu den zahlreichen Arbeitslosen – infolge des Beschäftigungsmangels der Industrie – Zehntausende erwerbsloser Angestellter und früherer Beamter kamen, und, abgesehen von der weitverbreiteten Kurzarbeit, das Heer der Beschäftigungslosen im Februar 1950 auf die Höchstzahl von 309 000 anwuchs.

Der Bevölkerungszuwachs an ehemaligen Kriegsgefangenen, Heimatvertriebenen, Evakuierten und in steigendem Maße an Zonenflüchtlingen vergrößerte außerdem die Zahl der sozial unsicheren Existenzen. Die Berliner Bevölkerung war – und ist es heute noch – bei einem prozentual viel zu hohen Frauenanteil stark überaltert; der Sterbeüberschuß ist daher seitdem ziemlich konstant. Die Zahl der Rentenempfänger und Sozialunterstützten war Ende 1950 auf 548 000 Personen, das sind 25,5 % der Bevölkerung, gestiegen. Gegenüber einer Beschäftigtenzahl von 884 000 gehörten zu den „Krisenschichten“ dieser Jahre nicht weniger als 728 000 Menschen.

Infolge der Spaltung der Stadt tauchten noch andere wirtschaftlich Benachteiligte auf, die sogenannten „Grenzgänger“, Leute, die im Westen wohnten und im Osten arbeiteten, und solche, die im Osten wohnten und im Westen arbeiteten. Im Jahre 1950 handelte es sich dabei zusammen um mehr als 100 000 Personen. Heute ist die Zahl auf etwa 50 000 heruntergegangen, wobei die „Einpendler“ die „Auspendler“ bei weitem überwiegen. Erst durch die Einrichtung einer „Lohnausgleichskasse“ von seiten des Berliner Senats besserte sich die soziale Lage insbesondere der „Auspendler“.

Nach der Berliner Volks- und Berufszählung von 1950 waren unter den Erwerbspersonen Westberlins 10,7 % als Selbständige, aber 36,1 % als An-

gestellte und 51,6 % als Arbeiter tätig. Die Kriegsfolgen und das radikale Absinken der Einkommen, der Lebenshaltung und der beruflichen Chancen führten damals zu einer relativ einheitlichen sozialen Lage der Mehrheit der Bevölkerung, die sich aus Arbeitnehmern und Angehörigen der „Krisenschichten“ zusammensetzte. Die Gegensätze der Berufsgruppen und der sozialen Klassen waren durch die gemeinsame materielle Not, die soziale Unsicherheit und die Bedrohung von sowjetischer Seite vorübergehend verwischt. Man muß sich dessen erinnern, um die Haltung der Berliner Bevölkerung in der Zeit der Blockade richtig verstehen zu können.

Der Wiederaufbau hat bekanntlich in Westberlin später eingesetzt als in der Bundesrepublik; er hat sich infolge der Anlaufsschwierigkeiten der finanziellen und wirtschaftlichen Unterstützungspläne und der vielerlei praktischen Erschwerungen bei ihrer Durchführung langsamer durchgesetzt als in Westdeutschland. Viel dazu beigetragen haben z. B. die längeren Anfahrtswege zur Bundesrepublik, die Suche nach neuen Märkten, der eingetretene „Bevölkerungsstau“ und die Unausgewogenheit des Arbeitsmarktes. Da dem Lande Berlin, solange es nicht de facto Bundeshauptstadt wurde und damit der frühere Dienstleistungssektor wenigstens teilweise zurückzugewinnen war, nur der Weg zum Aufbau und zur Erweiterung seiner Industrie verblieb, wurden die Maßnahmen zur Verbesserung und strukturellen Veränderung der sozialen Lage seiner Bevölkerung in erster Linie auf dem wirtschaftspolitischen Sektor getroffen.

Die bisherigen Erfolge sind überzeugend: Ich erwähne nur, daß gewerbliche Produktion, Zahl der Betriebe, Absatz der Industrieprodukte, Beschäftigtenzahl und Sozialprodukt bei unterschiedlicher Zuwachsrate für die einzelnen Industriezweige beträchtlich gestiegen sind (das Bruttosozialprodukt stieg von 3,8 Milliarden DM im Jahre 1950 auf 9,063 Milliarden DM im Jahre 1957). Das Steueraufkommen ist 1958 gegenüber 1950 um das Dreifache gewachsen, und der Passivsaldo der Waren- und Dienstleistungsbilanz ist im Jahre 1958 auf etwa 1,2 Milliarden DM gesunken. Allein zur Finanzierung der Wirtschaft wurden im Rahmen des ERP-Sondervermögens in 10 Jahren über 3 Milliarden DM ausgegeben. Durch einen mit Unterstützung von Bundestag und Bundesregierung seit 1955 langfristig angelegten Berlin-Aufbauplan wurde außerdem ein großzügiger, repräsentativer Ausbau Berlins zur künftigen Hauptstadt in Gang gebracht.

Die sozialen Auswirkungen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus lassen deutlich erkennen, daß die Entwicklung des Landes Berlin vom Typus der gemischten Verwaltungs-, Dienstleistungs- und Industriestadt zu dem einer vorherrschenden Industriestadt verläuft. Das bedeutet aber zugleich die Einschmelzung bzw. Einengung wesentlicher Sektoren des früheren Berliner Wirtschafts- und Soziallebens. In dem derzeit erreichten Status der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt sind jedenfalls Industrieproduktion

und Industrieabsatz zum entscheidenden Faktor der Berliner Leistungsbilanz geworden. Ich darf in diesem Zusammenhang nur darauf hinweisen, daß der Anteil der Industrie an der Güterausfuhr 1957 auf 76% angestiegen ist. Insgesamt etwa 870 000 Menschen waren in diesem Jahre in 108 000 Betrieben der Westberliner Wirtschaft und Verwaltung beschäftigt, davon fast 40% in der Industrie. Die Sozialstruktur wird damit stärker als zu Beginn des Wiederaufbaus von der Arbeitnehmerschaft einer an sich sehr differenzierten Industrie bestimmt, die zu etwa 40% in Großbetrieben beschäftigt ist. Die Zahl der Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst läßt allerdings erkennen, daß Berlin gegenüber 1949 auch eine neue Verwaltungsbürokratie herausgebildet hat. Sie steht mit etwa 150 000 Personen aber in keinem Verhältnis zur Zahl der öffentlichen Bediensteten im Berlin der Vorkriegszeit. Auch die Beschäftigtenzahl im Sektor Handel und Verkehr hat gegenüber der Zeit vor 10 Jahren zugenommen, liegt aber noch weit unter den entsprechenden Zahlen des Jahres 1936.

Der vorherrschende Zug zur Industrialisierung und die indirekte Abhängigkeit der sozialen Existenz vieler nicht unmittelbar in der Industrie tätigen Berliner vom Aufschwung dieses Wirtschaftszweiges werden indessen auch heute noch beeinflußt durch die verhältnismäßig großen Belastungen der sozialpolitischen Bilanz Westberlins. Noch immer ist die Zahl der Sozialrentenempfänger und der von der öffentlichen Fürsorge Betreuten im Prozentsatz wesentlich höher als in der Bundesrepublik (im Jahre 1957 lebten 138 000 Menschen von der öffentlichen Fürsorge). Auch in den günstigsten Monaten des Jahres 1958 sank die Zahl der Arbeitslosen nicht unter 60 000; sie setzte sich zu 42% aus Angehörigen früherer Angestelltenberufe und in der Mehrzahl dieser Gruppe aus älteren Frauen zusammen. Noch immer werden Wirtschaft und Berliner Sozialetat belastet durch die Überalterung der Bevölkerung und den Mangel an jüngeren Facharbeitern. Die Löhne, die Gehälter und das Lebensniveau sind in den vergangenen 8 Jahren zwar angestiegen, der erhöhte Verbrauch der Bevölkerung hat sich, wie in der Bundesrepublik, auf höherwertige Nahrungsmittel verlagert, und manche unangenehme Erscheinungen des industriegesellschaftlichen Daseins sind in der Zwischenzeit auch im sozialen Weichbild Berlins aufgetreten. Jedoch hinkt das Land Berlin immer noch erheblich hinter der Prosperität und dem Lebensniveau der Bundesrepublik her. Der beständige Zustrom von Flüchtlingen, von denen bis 1958 insgesamt 165 000 hier ansässig wurden, mag manches dazu beigetragen haben.

Die beträchtlichen Unterschiede der wirtschaftlichen Funktionen, der Berufstätigkeiten, der Lebenshaltung und der sozialen Aufstiegschancen, die sich im heutigen Berlin im Gegensatz zur Anlaufzeit von 1949/50 wieder herausgebildet haben, haben zu neuen Schichtungsunterschieden in der Berliner Bevölkerung geführt. Mit der allmählichen Verbesserung der

Wirtschaftslage entsteht auch hier in Berlin bei vielen ein Lebensgefühl relativer ökonomisch-sozialer Sicherheit. Damit aber ist das neue Berlin politisch und sozial krisenempfindlicher geworden als das ältere vor 10 Jahren.

3. Die Veränderungen in den Standorts- und den Produktionsbedingungen der Wirtschaft, in der Lebenshaltung und der sozialen Struktur des Landes Berlin sind nun nicht ohne Einfluß auf das politische Organisationsfeld und auf die kulturpolitischen Aktivitäten dieser Stadt geblieben. So verlockend es ist, den Auswirkungen des sozialen Strukturwandels etwa auf die politischen Parteien, die Gewerkschaften und die Wirtschaftsverbände dieser Stadt, auf bestimmte Verharschungserscheinungen im inneren Gefüge fast aller dieser Organisationen, auf Schwierigkeiten der Führungsauslese, der Konkurrenz und der Zusammenarbeit dieser Gruppen nachzugehen, im Rahmen dieses Vortrages muß darauf verzichtet werden.

Andeutungsweise sei zu diesem Fragenkomplex nur bemerkt, daß die ursprünglich vorhanden gewesene, durch die politische Verteidigung Westberlins gebotene harmonische Zusammenarbeit zwischen den nichtkommunistischen Parteien nach der Aufhebung der Blockade abgelöst wurde durch ein seltsam kompliziertes System des „Zusammenraufens“ ideell und essenmäßig oft recht entgegengesetzter politischer Gruppierungen. Mit der Veränderung des sozialen Gesichts und der altersmäßigen Zusammensetzung der politischen Führungsgruppen und mit dem Anwachsen bürokratischer Handlungsverläufe in den großen Organisationen und mit der politisch-sozialen Teilnahmslosigkeit in mancherlei Beziehung ist es heute auch in Westberlin schwieriger geworden, den zur Selbstbehauptung dieser Stadt erforderlichen sozialen Konsensus aufrechtzuerhalten. Es bedarf schon solch handfester Bedrohung wie der durch das Chruschtschow-Ultimatum ausgesprochenen, um politische Entscheidungen von der Einheitlichkeit und Eindeutigkeit der Wahlen vom 7. Dezember 1958 zu erzielen.

Die aner kennenswerten Anstrengungen, die dieses Land in seiner Isolierung auf kulturpolitischem Gebiete seit Jahren unternommen hat, und die beachtenswerten Erfolge, die ihm im Bereich von Wissenschaft, Bildung und Kunst beschieden gewesen sind, täuschen keinen mit der Verantwortung Belasteten darüber hinweg, daß gerade auf diesem Sektor des gesellschaftlichen Lebens noch viel mehr zu geschehen hätte, um sowohl die Konkurrenz mit der westlichen und der östlichen kulturellen Entwicklung zu bestehen, als auch die Voraussetzungen für ein wirklich hauptstädtisches Kulturleben zu schaffen. Berlin braucht gerade auf diesem Gebiete noch mehr materielle und immaterielle Unterstützung, als es sie bisher dankenswerterweise gefunden hat. Es genügt nicht, um nur ein Beispiel zu nennen, ausgezeichnete wissenschaftliche Einrichtungen zu schaffen; erforderlich ist auch im gegebenen Augenblick der Mut wissenschaftlicher oder künst-

lerischer Persönlichkeiten, Berufungen nach Berlin schon zu einem Zeitpunkt anzunehmen, in dem die Übernahme der Hauptstadtfunction noch nicht gesichert ist.

IV. *Politische und soziologische Schlußfolgerungen für Westberlin*

Wenn ich nunmehr den Versuch mache, gewisse Schlußfolgerungen aus der notgedrungen linearen Analyse des sozialen Strukturwandels Westberlins zu ziehen, so komme ich etwa zu folgenden Feststellungen:

1. Berlin ist das treffendste Beispiel eines in erster Linie mit politischen Mitteln wiederaufgebauten Gemeinwesens. Das junge Land hat sich eine Reihe wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischer Aufgaben gestellt, die sich in der vielseitigen Tätigkeit der führenden Gremien des Stadtstaates niedergeschlagen haben. Sie weisen auf ein weit umfangreicheres und erfolgreicheres politisches Handeln hin als im Normalfall einer Stadtverwaltung und der verantwortlichen Führung eines Bundeslandes zufällt. Es hieße die Geschichte des Berliner Abgeordnetenhauses und der politischen Führungsgremien dieser Stadt schreiben, wollte man diese Vielfältigkeit im einzelnen demonstrieren. Diese politische Führung muß die Instrumente der Innenpolitik wie die der Außenpolitik beherrschen, ohne selbständig und endgültig über sie verfügen zu können.

2. Seitdem im Verlauf der Blockade und der endgültigen Abtrennung des Ostsektors am 30. 11. 1948 die Isolierung Westberlins perfekt geworden und später durch mannigfache Maßnahmen (wie Einführung der Warenbegleitscheine, Beschlagnahmen von Westberliner Grundstücken im Ostsektor bzw. in der Zone oder die Anordnung des Paßzwanges für Reisen nach der Zone) verschärft worden ist, ist für Berlin der Anschluß an den Westen, in erster Linie an die Bundesrepublik, unausweichlich geworden. Der verhältnismäßig schwache Interzonenhandel und die wenigen noch bestehenden mittelbaren Kontakte mit Sektor und Zone haben daran grundsätzlich bisher nichts geändert. Berlin wendet sein Gesicht nach dem Westen einmal wegen der Gemeinsamkeit grundlegender Prinzipien der politischen und sozialen Lebensformung und zum andern aus Gründen der Selbsterhaltung. Die Anlehnung an den Westen ist für Berlin aber auch deshalb erforderlich, um seine „Brückenstellung“ zu den östlichen deutschen Gebieten auszubauen und um seine Hauptstadtfunction potentiell zu sichern.

3. Einen entscheidenden Faktor der politisch-gesellschaftlichen Neugestaltung des Landes Berlin stellen die spontanen Kräfte dieses Gemeinwesens dar, wozu ich die Schaffensfreude und die Berufstüchtigkeit seiner Arbeiter und Angestellten, den wirtschaftlichen Wagemut seiner Unternehmer, den zähen Lebenswillen der Angehörigen der Mittelschichten, die politische Nüchternheit, den Realitätssinn und das Freiheitsbewußtsein in allen Bevölkerungsschichten und den Mut seiner politischen Führung rech-

nen möchte. Diese Kräfte fügten sich zusammen zu einem nicht widerspruchslosen, aber im Endeffekt bisher immer wirksamen inneren politischen Handlungsfeld, das vor allem während der Blockade, aber auch später angesichts der sich wiederholenden Drohungen, Verlockungen und Lebenserschwerungen von seiten der Zonenbehörden und bei manchen internen Enttäuschungen im Prozeß des Wiederaufbaus zur Geltung kam. Von innen heraus ist dieses Berlin unverkennbar willens, schon im Interesse seiner Selbsterhaltung, das Gemeinwesen in wirtschaftlicher und in kultureller Hinsicht widerstandsfähig zu machen und den Stadtstaat zu befähigen, die ihm künftig hoffentlich wieder zufallenden Hauptstadtfunktionen erfüllen zu können.

4. Das von allen seinen natürlichen Bindungen abgeschnittene Westberlin wäre nicht lebensfähig gewesen ohne die materielle und die ideelle Hilfe, die ihm von außen her zuteil geworden ist – von den westlichen Besatzungsmächten, insbesondere den Vereinigten Staaten, ebenso wie von der Bundesrepublik, den deutschen Ländern und Gemeinden, von Institutionen und Organisationen jeder Art. Die Schwierigkeiten des Landes beim Wiederaufbau seines wirtschaftlich-sozialen Lebens sind allerdings vielfältig, sie reißen im Grunde niemals ab; lang ist die Reihe der noch ungelösten oder zwangsläufig nur halbgelösten Fragen, etwa der sich immer wiederholenden Erschwernisse im Verkehr nach und von der Bundesrepublik, der Unterbringung und Weiterleitung der Flüchtlinge, der Aufrechterhaltung eingegangener sozialer Verbindlichkeiten bei der Übernahme sozialpolitischer Bundesgesetze.

Die Berlin zuteilwerdende Hilfe kommt gewiß auch privatwirtschaftlich dem einzelnen Unternehmer, Handwerker und Einzelhändler zugute, sie dient aber in erster Linie dem gesellschaftspolitischen Zweck, dieses Gemeinwesen volkswirtschaftlich zu stützen und es in sozialer Hinsicht lebensfähig zu erhalten. Die auch in der wissenschaftlichen Literatur manchmal vertretene Ansicht, daß es das Ziel aller Berlin-Förderungsmaßnahmen sei, in erster Linie die Konkurrenzfähigkeit und die Rentabilität der Unternehmungen zu sichern und damit gleichsam das politische Risiko auszugleichen, das jeder Geschäftsmann und Gewerbetreibende in Berlin auf sich nimmt, übersieht die bedeutende volkswirtschaftliche und gesellschaftspolitische Aufgabe, der im Grunde die Berlin-Förderung zu dienen hat. Westberlin wird sich, auch gegebenenfalls bei noch längerer Dauer der Abgeschlossenheit, als Gemeinwesen nur behaupten können, wenn es dem Sektor und der Zone wirtschaftlich, sozial und kulturell überlegen ist. Diese Überlegenheit ist aber nicht nur in quantitativer Hinsicht vonnöten, in bezug auf industrielle Einzelleistungen und Produktionszahlen, sondern vor allem qualitativ in der gesellschaftlich-kulturellen Gesamtleistung.

Westberlin stellt ein infolge äußerer politischer Machtverhältnisse gleich-

sam künstlich geschaffenes Gemeinwesen dar, das auf der gesunden Basis der Gesamtberliner Arbeits- und Lebenskraft sich mit auswärtiger Hilfe als durchaus existenzfähig erwiesen hat. Es unterliegt einer sich immer schärfer abzeichnenden politischen und wirtschaftlichen Konkurrenz der beiden deutschen Länder und der sich in ihnen manifestierenden sozialen Lebensstile und wird in seiner Aufgabenstellung unter Zurücksetzung vieler eigener gesellschaftspolitischer Wünsche aus dieser Situation heraus bestimmt.

5. Die Wiederaufrichtung des Berliner Gemeinwesens in den vergangenen 10 Jahren stellt in vielerlei Hinsicht ein gewagtes Sozialexperiment dar. Es ist keineswegs so gewesen, wie es manchem auswärtigen Besucher erscheint, daß der gesamte Aufbau von vornherein in seinen Grundzügen festgelegt oder daß darüber bei allen führend Beteiligten Einverständnis geherrscht hätte. Es hat vielmehr innerhalb und außerhalb des Landes harte Auseinandersetzungen um diesen Wiederaufbau gegeben, Wege voller Enttäuschungen und die Notwendigkeit, immer wieder Umwege zu beschreiten und manche Notausgänge zu öffnen. Man muß sich sehr intensiv mit der Geschichte des Wiederaufbaus dieser Stadt befassen, wenn man auch nur annähernd die Elemente der auf lange Frist planenden Gestaltung von denen des notgedrungen abgeschlossenen Kompromisses und denen der alle Seiten unbefriedigenden Aushilfslösungen unterscheiden wollte. Die Lektüre der einschlägigen zeitgeschichtlichen Schilderungen der politisch-sozialen Entwicklung des neuen Berlin zeigt, mit welchen Enttäuschungen und Kümernissen der Weg gepflastert war, den die für die Entwicklung dieser Stadt verantwortlichen Persönlichkeiten und Gruppen bisher gegangen sind.

6. Dieses Berlin ist allerdings keine heroische Stadt, und die Berliner empfinden sich am wenigsten als Helden des wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Die politische Hochstimmung der Blockadezeit, die mehr einem verbissenen Widerstandswillen denn einem hochfliegenden politischen Idealismus Ausdruck verliehen hat, läßt sich nicht 10 Jahre lang aufrechterhalten. Die Veralltäglichsung des gesellschaftlichen und des politischen Lebens dieser Stadt und der geistigen Beweglichkeit ihrer Menschen führt immer von neuem zu den der industriellen Gesellschaft eigenen, dem Soziologen wohlbekanntem Friktionen und Konfliktsituationen. Eine der besonderen Schwierigkeiten der Stadt scheint mir darin zu liegen, daß sich infolge ihrer ständig gespannten außen- und innenpolitischen Situation und infolge der politischen Wachsamkeit, die sie von allen Bewohnern erwartet, weder ein ausgeglichenes politisch-parlamentarisches System mit dem üblichen Wechselspiel von Regierung und Opposition noch ein überschaubarer Ausgleich der unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen bisher einspielen konnte. Die gegensätzlichen Interessen und die politischen Meinungen stehen daher

manchmal recht hart im Raume, und der Ideologieverdacht ist bei manchen Vertretern nackter Interessen nicht von der Hand zu weisen.

V. Zur Sozialstruktur und zur politischen Situation Ostberlins

Eine Untersuchung des sozialen Strukturwandels dieser Stadt wäre nicht vollständig, wenn nicht, wie bereits betont, die Verhältnisse in Ostberlin zum Vergleich herangezogen würden. Ich möchte zum Abschluß meines Vortrages wenigstens einige kurze Bemerkungen dazu machen. Westliche Beobachter sind vielfach geneigt, die Lage im östlichen Teile Berlins mit den in Presse und Zeitschriften eingehend erörterten Verhältnissen in der Sowjetzone einfach zu identifizieren. Es wird sich zeigen, daß das nicht durchwegs zutrifft.

Die politische und die wirtschaftlich-soziale Situation Ostberlins ist nach 10 Jahren der Trennung von den westlichen Teilen der Stadt in wesentlichen Zügen verschieden von derjenigen Westberlins. Die industrielle Grundstruktur dieses Stadtgebietes – etwa die standortmäßige Verteilung der wichtigsten Industriezweige – und der Aufbau des Verkehrswesens lassen aber noch deutlich die Abtrennung von dem ehemals einheitlichen Wirtschaftsgebiet erkennen. Von den 3,3 Millionen Einwohnern Berlins wohnen 1,13 Millionen im sogenannten „demokratischen Sektor“ (gebietsmäßig ist die Differenz zwischen West- und Ostberlin geringer, nämlich 481 qkm zu 403 qkm); von 20 altherberliner Bezirken gehören 8, darunter alte Arbeiterbezirke wie Friedrichshain und Prenzlauer Berg, und die außerordentlich zerstörte und im Wiederaufbau deformierte Innenstadt zum östlichen Teil.

Ostberlin ist schon aus Gründen der Einheitlichkeit sowjetischer Gesellschaftsplanung stärker mit der „DDR“ verbunden als Westberlin mit der Bundesrepublik. Es beansprucht für sich und potentiell auch für ein kommunistisch geführtes Gesamtberlin die Funktionen einer Hauptstadt und eines Bezirkes der „DDR“ zugleich. Aus optischen und aus taktischen Gründen wurde allerdings bisher die Hauptstadtfunktion noch nicht voll in Anspruch genommen, obwohl sich in Ostberlin fast alle Verwaltungszentren des Staates, der Partei und der „Massenorganisationen“ befinden. Seit Beginn der Berlinkrise hat sich das geändert; Ostberlin wird jetzt demonstrativ als „Hauptstadt der DDR“ herausgestellt. Die Zusammenballung von Verwaltungsstellen hat im übrigen zur Herausbildung einer weitverbreiteten Bürokratie geführt, die dem sozialen Gesicht dieses Berliner Stadtteils die für sowjetische Verwaltungszentren eigentümlichen Züge aufprägt. In gesellschaftspolitischer Hinsicht ist der Sektor allerdings fast völlig den Verhältnissen in der Zone angepaßt, obgleich gewissenhafte Beobachter feststellen wollen, daß der soziale Lebensstil in Ostberlin in-

folge der von Westberlin ausgehenden indirekten gesellschaftlichen Einflüsse sich in einigen Graden der Liberalität von dem in den entfernteren Gegenden der Zone unterscheidet.

Es gehört zur politischen und zur gesellschaftlichen Wirklichkeit des gesamten Berlin, daß hier bis auf bescheidene (und z. T. verborgene) Reste alle verwaltungsmäßigen Einrichtungen und alle Institutionen von öffentlicher Bedeutung gespalten sind. Das gilt für die politische Verfassung und die Rechtsordnung ebenso wie für die Stadtverwaltung, das Verkehrssystem und alle Versorgungseinrichtungen, für die Währung und die Wirtschaftsverfassung wie für die sogenannten „kollektiven Lebensformen“. Es bereitet Schwierigkeiten, festzustellen, in welchen Verwaltungen und Versorgungseinrichtungen überhaupt noch lockere Verbindungen zwischen Ost und West bestehen. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur darauf hinweisen, daß zwischen den Polizeidienststellen z. B. noch eine Fernschreibverbindung besteht; Sachbearbeiter treffen sich an vereinbarten Stellen der Sektorengrenze in bestimmten Fällen, etwa bei Kapitalverbrechen. Die Brief- und Paketsendungen werden täglich an einer bestimmten Stelle der Sektorengrenze ausgetauscht. S-Bahn und U-Bahn verkehren als einzige Verkehrsmittel noch in beiden Teilen der Stadt. Für die Stadtentwässerung bedarf Westberlin noch immer der Kläranlagen und der Rieselfelder der Sowjetzone. Der Waren- und Dienstleistungsverkehr zwischen Westberlin und der „DDR“ ebenso wie zwischen Westberlin und Ostberlin unterliegt dabei den Bestimmungen des Interzonenhandels, das heißt er ist beiderseitig nur mit amtlichen Warenbegleitscheinen abzuwickeln.

Offiziell gilt die Verfassung der „DDR“ vom 7. 10. 1949 nicht im Sektor, aber der Sektor wird tatsächlich mehr und mehr in den Staatsverband der „DDR“ einverleibt. Alle Gesetze und Verordnungen der Zone werden vom Ostmagistrat durch eigene Berliner Verordnungen in Kraft gesetzt. Die festeste Bindung Ostberlins an die „DDR“ erfolgt jedoch, wie bereits eingangs bemerkt, durch seine Einbeziehung in das System der Planwirtschaft. Das geht so weit, daß der jährliche Volkswirtschaftsplan des Sektors in den gesamten Volkswirtschaftsplan der „DDR“ eingefügt ist. Darüber hinaus ist Ostberlin seit 1953 in den „einheitlichen Staatshaushalt“ der „DDR“ einbezogen. Seine städtische Verwaltung unterliegt den in allen Sowjetsystemen üblichen strengen Kontrollen der Staatsregierung. In der Verwaltungspraxis wird der Sektor auf den Gebieten der Wirtschaftsplanung, der Arbeitsverfassung, der Sozialpolitik und der Kulturpolitik als Bezirk der „DDR“ behandelt. Das gesellschaftliche Leben unterliegt daher denselben Leitbildern und denselben Zwängen wie in der gesamten Zone. Ostberlin hat die „Verwaltungsreform“ des Jahres 1952 mit allen Konsequenzen für den Gewaltenaufbau ebenso mitmachen müssen wie die Wen-

derung zum sogenannten „Aufbau des Sozialismus“, den sogenannten „neuen Kurs“ ebenso wie die derzeitige Restauration auf der stalinistischen Linie der Ulbricht-Politik.

Es ist für die Sozialstruktur Ostberlins bezeichnend, daß die Zahl der Arbeiter und Angestellten in der Gesamtzahl der Beschäftigten unverhältnismäßig hoch ist (1956 nach der amtl. Statistik der „DDR“: 567 000 Arbeiter und Angestellte von 611 000 Beschäftigten) und daß demgegenüber nur etwa 4 % der Beschäftigten als selbständige Erwerbstätige statistisch ausgewiesen werden. Dabei ist interessant, daß – strukturell ähnlich wie in Westberlin – mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer in der Elektroindustrie, in der Metall- und Maschinenindustrie beschäftigt sind. Die volkswirtschaftliche Gesamtplanung der „DDR“ trägt allerdings zu einer zunehmenden Schwerpunktsverlagerung der industriellen Produktion Ostberlins erheblich bei. Die in der Zone mit der forcierten Industrialisierung in Gang gesetzte gesellschaftliche Umstrukturierung setzt sich jedoch in Ostberlin wesentlich langsamer durch. So sinkt etwa die Zahl der selbständigen Erwerbstätigen in Ostberlin langsamer als in den übrigen Teilen der Zone. Auch die Bildung von Produktionsgenossenschaften der Handwerker hinkt erheblich hinter der Entwicklung in der Zone her. (Im Herbst 1958 waren von 11 000 Ostberliner Handwerksbetrieben erst 198 in 76 Produktionsgenossenschaften zusammengefaßt.)

Im Gegensatz zu Westberlin ist die Beschäftigtenzahl des Sektors vermutlich infolge der anhaltenden Flucht nach Westen und der unverhältnismäßig ungünstigen Altersstruktur der Gesamtbevölkerung in den vergangenen Jahren trotz des Zuzugs von Angestellten der Verwaltungsdienststellen nur minimal angewachsen. Arbeitslose dagegen werden verschwindend wenige ausgewiesen. Die Zahl der privaten Betriebe überstieg im Jahre 1957 die der sogenannten „sozialistischen Betriebe“ um mehr als das Doppelte, dafür beschäftigten diese mehr als siebenmal soviel Arbeitnehmer wie jene. Die Bevölkerung Ostberlins hat sich seit 1950 ständig vermindert und im Hinblick auf den gewünschten Effekt der Industrialisierung in ihrer Struktur gegenüber der Zone verschlechtert. Ein im Mai 1958 beim Ostberliner Magistrat gebildeter „Wissenschaftlicher Beirat zur Verbesserung der Bevölkerungsstruktur der Hauptstadt der DDR“ soll hier Abhilfe schaffen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Landesbezirk Berlin (Rudolf Hentschel), hat im Oktober 1955 einen gewissenhaften und außerordentlich lehrreichen Vergleich der sozialen Situation der Arbeitnehmer in Ost- und Westberlin veröffentlicht. Daraus geht – wenigstens für diesen Zeitpunkt – die unterschiedliche Entwicklung der Löhne, der Preise und der Lebenshaltung in beiden Teilen Berlins zugunsten der Verhältnisse in Westberlin deutlich hervor. So wird etwa für die 7 Jahre von 1948–1955 eine Real-

lohnsteigerung für Westberlin ausgewiesen, die um 40 % höher liegt als die in Ostberlin. Aus dieser Studie ergibt sich weiterhin, daß die Verdienstsituation der Arbeitnehmer in Westberlin günstiger und vor allem sicherer ist als in Ostberlin. Wenn sich auch das Lebensniveau im Ostsektor in den letzten Jahren gebessert hat, so vermag doch Ostberlin, obwohl es als sogenanntes „Schaufenster der DDR“ wesentlich besser gestellt ist als die anderen Zonenbezirke, in vielerlei Hinsicht die wirtschaftliche und die soziale Konkurrenz Westberlins auf die Dauer nicht auszuhalten.

Wenn auch ein Zurückbleiben der Entwicklung gegenüber dem Westen offiziell in der sowjetzonalen Publizistik nicht anerkannt wird, so gibt man doch neuerdings unumwunden zu, daß der „Bezirk Berlin“ im Hinblick auf die „Erfüllung des Volkswirtschaftsplans“ gegenüber den übrigen Bezirken der „DDR“ sehr viel nachzuholen hat. Ostberlin steht an 13. oder 14. Stelle in der Rangfolge unter allen Bezirken der Sowjetzone. „Die notwendig scharfe Wende zur konkreten staatlichen und wirtschaftlichen Leitungstätigkeit“, so heißt es im Neuen Deutschland vom 4. April 1959, „geht zu langsam vonstatten“. Man polemisiert gegen die danach offenbar im Sektor herrschende Auffassung von „einer besonderen Lage Berlins“ und verlangt, daß Ostberlin „ökonomisch, politisch und kulturell der Schrittmacher . . . für die ganze Republik“ sein müsse.

Die offensichtliche Schwierigkeit für die Ostberliner Verwaltung, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung gesellschaftspolitisch in demselben Tempo in Gang zu bringen wie in den anderen Gebieten der Zone, wird auch hier, obwohl es niemals zugegeben wird, in der Spaltung der Stadt begründet sein und durch den Umstand verstärkt werden, daß es den Machthabern drüben bisher noch nicht gelungen ist, den zwischenmenschlichen Verkehr (vor allem auf verwandtschaftlicher, auf Freundes- und Bekanntschaftsebene) über die Sektorengrenze hinweg zu unterbinden. In dieser Beziehung ist Berlin doch noch einheitlicher, als den Verantwortlichen der Staats- und der Magistratsverwaltung in der Wilhelm- und in der Königstraße lieb ist.

VI. *Schlußbemerkungen*

Lassen Sie mich nunmehr den Blick nochmals dem Berlin zuwenden, dessen Gäste Sie in diesen Tagen sind. Ich glaube, daß meine Darlegungen den Nachweis erbracht haben, daß man in dieser bedrohten, als Sozialgebilde gegen störende Einflüsse jeder Art empfindlichen Insel Berlin keine autonome, von Gesamtdeutschland unabhängige Sozialverfassung einführen kann, wie sie nach den dürftigen Andeutungen der Chruschtschow-Note anscheinend angestrebt wird. Solange Berlin nicht die Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschland ist, wird man das auch dann nicht erfolgversprechend in Angriff nehmen können, wenn man grundsätzlich eine

andere Sozialverfassung bevorzugt als die derzeit in der Bundesrepublik und in der SBZ bestehenden.

Dieses Westberlin hat bisher mit großem Erfolg versucht, sich als potentielle Hauptstadt Deutschlands wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch über Wasser zu halten. Berlin darf wohl auch heute noch für sich in Anspruch nehmen, zu den Weltstädten gezählt zu werden. Seine politische Führung war und wird dabei geleitet von der Sorge, diesen beachtlichen Versuch der derzeitigen Periode in der Entwicklung dieser Stadt in der für die Bevölkerung zukömmlichsten Weise zu überstehen und dabei zugleich den politischen Mechanismus und den Sozialkörper des Gemeinwesens für die ihnen künftig bevorstehenden Aufgaben zu stärken. Die für eine freiheitliche Gesellschaftsverfassung unabdingbaren Werte und gesellschaftspolitischen Prinzipien sind dabei in der Berliner Nachkriegspolitik von Ernst Reuter bis zu Otto Suhr und Willy Brandt niemals in Frage gestellt worden.

Die stille Tragik, aber auch die große Hoffnung dieser Stadt liegen in ihrem Leitgedanken des für Gesamtdeutschland und die Funktionen Berlins in der künftigen deutschen Gesellschaftsordnung stellvertretenden Wiederaufbaus. Diese Stadt wird nicht bestimmt von der Ideologie eines hier zwangsläufig nur halben Wirtschaftswunders, sondern von der Zivilcourage und dem tätigen Freiheitswillen der in ihrem Kern gesunden Berliner Bevölkerung. Bei aller Sorge um die politische Verteidigung, um die wirtschaftlich-gesellschaftliche Unterstützung Berlins scheint mir in der Aufrechterhaltung dieser inneren Reserven der Berliner ein wichtiger Faktor der Beeinflussung des aufregenden Geschehens um diese Stadt zu liegen. Man kann nur wünschen, daß dieses Berlin nicht auf dem Glatteis der fiktiven sozialen Autonomie einer selbständigen freien Stadt ausgleiten möge, sondern sich seinen nüchternen, der Ideologisierung jeder Art feindlichen Lebensmut erhalte!

Manche Intellektuelle scheinen heute beim Grübeln über die augenblickliche Lage und die unterschiedlichen Chancen der sich dem Berliner anbietenden Lösungen geneigt, einem sehr gewagten Experiment nachzusinieren: „Sollte man es nicht doch einmal mit einer internationalisierten freien Stadt versuchen; vielleicht bestünde gerade dann die Möglichkeit, in diesem Gemeinwesen eine freiheitliche Sozialform zu entwickeln, die sich dem totalitären Zwang der sowjetischen Gesellschaftspolitik entzieht, zugleich aber die offenkundigen Schwächen westlicher Gesellschaftsordnungen vermeidet.“ Alle diejenigen, die solchen vagen Ansichten zuneigen, sollten die politischen, die wirtschaftlichen und die sozialen Konsequenzen der Errichtung einer sogenannten „Freien Stadt“ unter den derzeitigen Berliner Existenz- und Umweltbedingungen genau überdenken. Die Geschichte des Berliner Verteidigungskampfes, vor allem die Ereignisse und

Handlungen zur Zeit der Blockade bieten dafür eine ausgezeichnete Instruktion. Neutralisierung dieser Stadt würde weitgehende wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Unfähigkeit und damit zwangsläufig Abhängigkeit von den Mächten bedeuten, die dann realiter über die Zugänge zu diesem Gemeinwesen verfügen.

Wenn Berlin darauf verzichten muß, sich wirtschaftlich, sozialgeographisch und politisch in der Richtung auf seine künftige, derzeit aufgesparte Hauptstadtfunction zu entwickeln, wird es als Gemeinwesen mit Sicherheit zur Provinzstadt einschrumpfen, als Demokratie, wie ein kluger englischer Publizist kürzlich gesagt hat, „entmündigt werden“ und allmählich derjenigen Macht anheimfallen, die die zunehmende Stagnation mit wirtschaftlichen Almosen verzuckert. Auch ein Hochkommissar der United Nations böte keinerlei Gewähr gegen die Wahrscheinlichkeit einer solchen Entwicklung.

Es wäre eine lohnende Aufgabe für die politische Soziologie, die beiden für das Experiment einer solchen Berlin-Lösung vergleichsweise in Frage kommenden Fälle der Freien Städte Danzig und Triest darauf zu untersuchen, wie sich die völkerrechtliche Erklärung dieser Gemeinwesen zu Freien Städten auf das politische Klima, auf die Wirtschaftslage und auf die Sozialstruktur ausgewirkt hat. Abgesehen davon, daß in beiden Fällen, nach allem, was wir über sie erfahren haben, von einer Befriedung nicht die Rede sein konnte, sondern im Gegenteil neue gefährliche politische Konfliktherde geschaffen wurden, waren beide Städte wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch zur Stagnation verurteilt. Diese beiden Beispiele sind daher – ganz abgesehen von der völlig anderen politischen Umweltkonstellation des heutigen Berlin gegenüber den Hafenstädten Danzig und Triest – für eine Berlin-Lösung im Sinne des sowjetischen Vorschlags wahrhaftig nicht ermutigend. Die von Chruschtschow und der seither entfalteteten sowjetzonalen Propaganda ausgebreiteten angeblichen Vorzüge einer internationalisierten Freien Stadt Berlin sind nicht überzeugend. Diese Propaganda übersieht, daß sich das Problem Berlin um keinen Preis isoliert lösen läßt; sie verkennt außerdem die tatsächlichen Voraussetzungen für die Überlebensfähigkeit dieser Stadt. Berlin kann angesichts seiner Größe, seiner sozialgeographischen Stellung und seiner politisch-gesellschaftlichen Bedeutung nur dann als entwicklungsfähiges Gemeinwesen erhalten werden, wenn es von einer mächtigen, auf die Volksmeinung in ganz Deutschland gestützten Bewegung im diplomatischen Kräftespiel seiner natürlichen Funktion als Metropole Deutschlands wieder zugeführt wird.